

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verantwortlich: Dr. C. M. Meyer

Verlag und Druck der C. M. Meyer'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

N. 3.

Neuenbürg, Freitag, den 4. Januar 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 3. Jan. Die deutsche demokratische Partei hält am 3. Januar von vormittags 10 Uhr ab im Bürgermuseum in Stuttgart einen Bundesvertretertag ab, wobei der Abg. Scheel über „Württembergische Politik“ und Rechtsanwalt Dr. Ullrich über „Politik und Wirtschaft“ sprechen werden. Tage darauf, am 6. Januar, findet von 10 Uhr ab im Festsaal der Eberhalle in Stuttgart die Landesversammlung statt; hierzu sind Reichsdeputierter Dr. Gehler und Reichswirtschaftsminister Dr. Baum als Redner gewonnen worden.

München, 3. Jan. Wie verlautet, werden sowohl die Bayerische Mittelpartei wie die Bayerische Volkspartei und der Bauernbund Anträge stellen, die zum Austritt bringen, daß diese drei Parteien mit den Abänderungsvorschlägen der Regierung nicht einverstanden sind. Darüber ist kein Zweifel, daß durch die Abänderung der Vorlage das linke Land zu Schaden gekommen ist, während die Städte ganz naturgemäß gewinnen.

Berlin, 3. Jan. Zur Frage der Reichstagsauflösung wird festgestellt, daß bindende Beschlüsse der Regierung oder der Parteien noch nicht vorliegen. — Der Reichszentralrat stellt fest, daß das Verbot von Parteien bei künftigen Wahlen nicht die Ausübung des Wahlrechts beschränken soll. — Die deutsch-demokratische Partei hält am 15. und 16. Januar in Dresden eine Tagung ab.

Personalabbau.

Kottbus, 3. Jan. Am letzten Sonntag fand hier eine von etwa 900 Staats- und Gemeindebeamten und Angestellten besuchte Versammlung statt, die zum Personalabbau Stellung nahm. Abg. Groß-Stuttgart erstattete einen grundsätzlichen Vortrag zu den im Vordergrund stehenden Abbaumassnahmen und Staatsvereinfachungen. Der Redner wandte sich gegen die ungerechte Art der Durchführung des Personalabbaus, wie insbesondere bei den Reichsbehörden vorgenommen wird. Die Art des Abbaus ist falsch, das erstrebte Ziel einer Gewandung der Finanzen des Reichs und der Länder und der einzelnen Verwaltungskörper werde auf diesem Wege nicht erreicht, vielmehr eine tiefgehende Verbitterung in die bisher arbeitstüchtige Beamten- und Arbeiterenschaft über einen so plötzlich und rücksichtslos durchgeführten Abbau ohne Uebergangsmöglichkeiten hineingetragen. Die öffentlichen Bediensteten in Staat und Gemeinde seien ihrerseits im Interesse des Staats und des Volksganzen zu großen Opfern bereit, solche müssen aber auch von den anderen Teilen der Bevölkerung in gleichem Maße gebracht werden. Der Redner forderte weitgehende Berücksichtigung der Familienverhältnisse und verurteilte die Militär-, mit der der Personalabbau von einzelnen Behörden bereits betrieben wird. Die württ. Verhältnisse liegen auf dem Gebiet der beamteten Entwicklung gegenüber anderen Teilen des Reichs wesentlich günstiger, da von jeder ein parteilichere Personalpolitik, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, betrieben worden ist. Auch lasse sich die württ. Beamtenchaft mit anderen Teilen des Reichs in bezug auf Arbeitslosigkeit und Gehaltsminderung nicht in einen Topf werfen. Es müßte deshalb in Württemberg von einer schematischen Durchführung der Reichsgehälter abgesehen, ein gleich harter Personalabbau unbedingt vertrieben werden. Von der württ. Bevölkerung verlangen die öffentlichen Bediensteten eine gerechte Beurteilung ihrer Leistung. Die Ausführungen des Redners und die in der Versammlung erhobenen Forderungen fanden sowohl bei den höheren, mittleren und unteren Beamten, als auch bei den staatlichen Arbeitern lebhaften Beifall.

Hauptbefehl gegen einen Münchener Novemberputschisten.

Das Vollgericht München I hat gegen den im Jahr 1900 in München geborenen Karl Leon Grafen v. Du Moulin-Erdart Hauptbefehl wegen Hochverrats erlassen. Dieser gerichtliche Schritt dürfte wohl mit den Kobradenbestrebungen in München zusammenhängen, denn der junge Graf Du Moulin-Erdart stand in der östlichen Bewegung ziemlich in vorderer Front. Graf Du Moulin-Erdart ist der Sohn des bekannten Hochschullehrers in München Grafen Du Moulin-Erdart.

Zunehmender Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Der Eisenbahnverkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Gebiet hat sich in den letzten Tagen sehr vergrößert, da die deutsche Eisenbahnverwaltung alle Güterverkehre aufgehoben hat. Unverkündete Schiffe sind in Koblenz eingetroffen, da hier der Eisenbahnverkehr fundenlang durch die französische Zollverwaltung unterbrochen wird. Zwischen 12 und 2 Uhr findet eine tägliche Mittagspause der Zollposten von 13 bis 2 Stunden durchschnittlich statt. Eine weitere Verkehrs-pause tritt zwischen 7 und 9 Uhr abends durch die Nachtanwesenheit der Zollposten ein. In diesen Stunden ist die Zollkontrolle unterbrochen und der ausgehende Güterverkehr ruht daher vollständig. Vorstellungen sowohl von deutscher wie von französischer Seite sind fruchtlos geblieben, da die französischen Zollbeamten erklären, von der französischen Militärbehörde und Eisenbahnverwaltung unabhängig zu sein. Diese Zustände werden des triebfördernd und sind gänzlich unbillig.

Verkehrsschwierigkeiten infolge französischer Zollkollisions.

Ulm, 2. Jan. Infolge der französischen Zollkontrolle für den Verkehr Ostsee-Schweden und Dänemark, die in Abberbeden grundsätzlich nur bei Tageslicht stattfindet, ist der Güterverkehr nur in den neun Tagesstunden möglich und kann daher nicht im entferntesten ausreißend bewältigt werden. Hierfür bis fünfzehn Stunden liegt der Verkehr in Abberbeden. Auf den Nachbahrbahnhöfen zeigen sich bereits Verkehrs-schwierigkeiten wegen der Abstellung von Fracht- und Gü-

terzügen, namentlich von Kalfzügen für die Hochofenbetriebe des Ruhrgebietes. Die französische Eisenbahnregie hat allerdings versucht, auf die französische Zollkontrolle einzusparen, daß diese den Tag- und Nachtverkehr einleitet, wie es die Notwendigkeiten des Eisenbahnbetriebes verlangen. Dieser Versuch ist aber ergebnislos verlaufen.

Zur Festnahme des thüringischen Innenministers.

Berlin, 3. Jan. Wie verlautet, ist die vorläufige Festnahme des thüringischen Innenministers Herrmann in Berlin erst in später Nachtstunde bekannt geworden, so daß die Morgenblätter zunächst nur in kurzen Randbemerkungen zu dieser neuesten politischen Sensation Stellung nehmen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sieht in diesem „thüringischen Fall Zeigner“ den Beweis dafür, wie nötig der eiserne Vorhang war. In ähnlichem Sinne äußert sich die „Reichspresse“. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Weimar melden, innerhalb der gesamten Heimatschaft des thüringischen Innenministeriums habe man eine strahlende Verbindung Herrmanns fest ausgedehnt. Dahinter darf man wohl ein Prozedere sehen. Der „Vorwärts“ ist in ziemlichem Verlegenheit, über die er sich durch den üblichen Hinweis auf Bayern hinwegzusetzen sucht. Das Blatt findet es auffallend, daß der Minister festgenommen wurde, da ein Nachtverbot nicht vorliegt und Vertreter des thüringischen Staatsministeriums ohnedies zu einer Ausrede nach Berlin geladen sind. Diese Ausrede werde vermutlich am kommenden Samstag vor sich gehen. Die Reichsregierung wird zu den Ermittlungen der nach Weimar entsandten Reichsbeamten tragen, wie sie mitteilen läßt, erst dann Stellung nehmen, wenn sich das thüringische Staatsministerium zu diesen Feststellungen äußert hat.

Herrmanns Ministerthron bietet das typische Bild eines Mannes, der durch die Revolutionen des Hochaufstiegs in der thüringischen Innenminister, der heute im 39. Lebensjahre steht, ist in einem Dorf bei Eisenach geboren und hat die Dorfschule besucht, dann sich dem Maurerhandwerk zugewandt. Seine natürliche Intelligenz befähigte ihn, als Autodidakt auf politischem und wirtschaftspolitischen Gebiete ein großes Wissen zu erwerben, das allerdings vollkommen einseitig wirtschaftsorientiert war. Als Gewerkschaftssekretär und später als Redakteur der unabhängigen „Eisenacher Volkszeitung“ begann er seine Laufbahn, wurde bei der Arbeiter- und Soldatenbewegung in den Vordergrund getrieben und in den thüringischen Landtag gewählt. Eine gewisse Rednergabe und ein harter Partisanenstolz ermöglichten ihm, die Unabhängige Sozialdemokratie in Thüringen in eine ausschlaggebende Stellung zu führen. Als Minister des Innern führte er einen erbitterten Kampf namentlich gegen die bürgerlichen Stadtverwaltungen. Sein Konflikt mit dem Eisenacher Oberbürgermeister, dem er die Vollstreckung entzog, die diesem später durch den Militärtribunalbescheid zurückgegeben wurde, ist noch in Erinnerung. Die Herrmanns kein agitatorisch aufstrebte, nicht darauf bedacht, daß er in diesem Falle ein förmliches Verbot gegen den Eisenacher Oberbürgermeister führte. Wenn sich nur ein Teil der Reichsbildungen, die jetzt gegen Herrmann erhoben werden, befähigen sollte, dürfte das Schicksal der thüringischen Sozialdemokratie und der mit ihnen verbundenen Kommunisten bei den kommenden thüringischen Landtagswahlen besiegelt sein.

Sozialdemokratische Wahlausichten.

Berlin, 3. Jan. Der „Vorwärts“ hat im Dezember des vergangenen Jahres eine Umfrage bei den sozialdemokratischen Vertrauensleuten in den Betrieben veranstaltet, um über Stimmung und Strömung in den Reichsbetrieben Auskunft zu erhalten. Die Ergebnisse, die er veröffentlicht, sind für die Sozialdemokratie nicht gerade ermutigend. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei muß darnach angeben, daß eine entscheidende Minderheit und „Interesslosigkeit“ in breiten Schichten der Arbeiterchaft Platz gegriffen hat und daß es den „Gelben“ und „Reichsnationalen“ hellenweise sogar gelungen sei, in die Betriebsräte einzudringen. Ebenso machte sich immer häufiger der kommunistische Einfluß bemerkbar. In den einzelnen Antworten kommt vielfach auch eine Art kritische Stellung gegenüber der Partei und den Gewerkschaften zum Ausdruck.

Ausland.

Madrid, 3. Jan. Spanien wird das Langer-Abkommen nicht unterzeichnen, das den Franzosen weitgehende Vorrechte gibt. Das Direktorium erklärte, das englisch-französische Langer-Abkommen entspreche nicht den Interessen und den geschichtlichen Rechten Spaniens.

New-York, 2. Jan. Der frühere Reichsfinanzminister Herrmann, der augenblicklich in New-York weilte, stellte dort auf Befragen in Abrede, daß er eine deutsche Anleihe suche.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 3. Jan. (Kälte und erfranzene Fische.) Es ist immer rauher, erfranzene Fische anfangs in kaltes Wasser zu setzen oder mit Schnee zu reiben. Nach einer Weile trocknen man das kalte Glied sorgfältig ab und schäufte es vor Einwirkung der Luft durch wässere oder leimige Umhüllung, die aber nicht geändert werden darf; später reibt man das kalte Glied mit Jodalkohol und dann mit Branntwein. Gegen erfranzene, angefrorene Hände und Füße (Frostbeulen) ist die Jodalkohol ein vorzügliches Mittel. Man reibt oder kratzt die Jodalkohol und bestrich damit die kalten Stellen. Die Schmerzen lassen bald nach und in wenigen Tagen gehen die Frostbeulen in Heilung über. — Personen mit kalten Füßen schlafen seitens gut, besonders Frauen. Man kann sich dagegen helfen, wenn

man die Füße vor dem Schlafen einige Minuten in kaltem Wasser taucht und sie dann richtig mit einem Tuch abreibt, bis sie warm werden.

Neuenbürg, 4. Jan. Das winterlich kalte Wetter mußte gestern Tauwetter und Regen weichen, der die Schneemassen zu bedeutender Schmelze brachte, ohne daß jedoch Hochwasser eintrat. Heute ist die Temperatur wieder kühler, Schneefälle sind zu erwarten.

Verrenten, 3. Jan. (Zur Gemeindefestlichkeit — Erinnerungsfeier Kinderdill.) Nach dem Uebersichtsbericht des Bezirksamtes beim Neujahrsfestabend ist 1923 die Zahl der Verrenteten 29, der Konfirmierten 22, der Abendmahlsgäste 628, der Ehen 16, der Sterbefälle 29. — In erfreulicher Weise wehren sich die ausgiebigen Spenden der Deutschamerikaner, um der überaus schweren Kinderdill zu wehren. Stadtschultheiß Gräß empfing dieser Tage von einem Bruder des Jahresmanns Wilhelm Gräßle, Fred Gräßle aus Joliet (Ill.), die namhafte Summe von 15 Dollar als Weihnachtsgabe für arme Kinder der Ortsgemeinde Verrenten. Auch an dieser Stelle sei besonderer Dank ausgesprochen dem edlen Spender, der von der Rot der deutschen Heimat Kunde erhalten hat.

Württemberg.

Freudenstadt, 3. Jan. (Eine Jagdfeindlichkeit.) Bei einer Durchsicht in der Nähe von Bellenfeld wurde kürzlich ein Dachs mit einem Dreifangengewehr zur Strecke gebracht. Das Gewehr war ziemlich hart. Eine Stange aus der rechten Seite ließ sich auf einen Schinder schließen; links waren zwei Stangen, etwa 3 Zentimeter von einander entfernt, die eine 6 Zentimeter länger als die andere. Solche Trophäen sind sehr selten. Vor Jahren hat einmal der Oberbaurat der Königs, Fritz v. Krensch, einen Dreifangbüchse im Freudenstädter Stadtwald geschossen, und zwar gleichfalls im Winter. Die Stelle ist noch mit einem Denkstein besetzt. Das Gewehr hängt im Naturalienkabinett in Stuttgart.

Stuttgart, 2. Jan. (Ein Angeklagter, der absolut ins Jambas will.) Aus dem Gefängnis entlassen und inoffiziell wurde der in den vier Jahren heftige Schlämmer Friedrich Oppenländer wieder rückfällig. In den Monaten September und Oktober führte er mehrere Betrugsereien und einen Diebstahl aus. Die finanzielle Notlage, in der sich der Angeklagte damals befand, bildete für den Staatsanwalt die Grundlage für Jubiläumsmildernde Umstände; er beantragte eine Gefängnisstrafe. D. hat aber in seinem letzten Wort, im Jambas, geben zu wollen; dort seien die Verdienstmöglichkeiten auf seinem Handwerk besser, als im Gefängnis. Obgleich der Gerichtsvorstand sich dieser Annahme nicht anschließen konnte, beharrte der Angeklagte auf seinem Vergehren. Das Schöffengericht erfüllte seinen Wunsch. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monate Jambas. Mit einem verbindlichen „Danke schön!“ verließ der Angeklagte den Sitzungssaal und zieht jetzt ins „gelobte Land“!

Stuttgart, 3. Jan. (Tod durch die Diebstahls.) Nachdem bei einem Grundbesitzer in kurzer Zeit dreimal eingebrochen worden war, wobei der Dieb jedesmal einige Dübner erbeutete, brachte der Diebstahl eine geladene Rante ins Haus, daß beim Öffnen des Koffers der Dieb auf den Eindringling losgehen mußte. In einer der nächsten Nächte geschah, was beabsichtigt war. Die Schrotladung verletzte den Einbrecher so schwer, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte, wodurch er mit seinen Diebstahlsgefilen einliefert wurde. Dem Einbrecher war die Schrotladung ins Gesicht und in die Brust gelangt. Die schweren Verletzungen haben seinen Tod herbeigeführt. Seitdem kommen in dortiger Gegend fast keine Einbrüche mehr vor, während vormals alljährlich gefühllos wurde.

Stuttgart, 3. Dez. (Wegen die Braungewerkschaft der Milch.) Eine Versammlung der Milchproduzenten-Vereinigung von Stuttgart und Umgebung nahm eine Entschliessung an, worin die Aufhebung der beherrschenden Bewirtschaftung der Milch verlangt wird, da diese nur vorzuziehen, aber nicht produktiv wirkt. Die Milchpreisbildung soll frei von jedem staatlichen und beherrschenden Druck erfolgen, damit die Milchgenossenschaften ihre Tätigkeit in lohnender Weise wieder aufnehmen können.

Stuttgart, 3. Jan. (Witzig für Januar.) Bis jetzt gelten die gleichen Sätze wie für den Monat Dezember; es freit aber noch nicht fest, ob nicht im Zusammenhang mit den neuen Steuerblättern der Reichsregierung von dieser noch eine Veränderung verfügt wird. In diesem Fall wäre da, ins Voranschauung der Milch erfolgt ist, erst eine Nachzahlung zu leisten.

Lüdingen, 3. Jan. (Das Schicksal in der Silberkranz.) In der Chirurgischen Klinik wurden zwei junge Leute, aus Württemberg und Trüdingen, eingeliefert, die bei dem letzten Neujahrsfesten Verletzungen an Hand und Kopf zugezogen hatten.

Tautlingen, 3. Jan. (Schweizer Dille.) Der Gemeinderat der Stadt Karau hat der Stadtverwaltung 500 Franken als Beitrag zur Speisung für unsere Verdienenden überlassen.

Wahlungen, 3. Jan. (Ertrinken.) Beim Schiffsabfahren auf der Schwabingerpromenade brach der 16 Jahre alte Malerlehrling Gottlob Mergenthaler durch die Eisecke. Trotz sofortiger Hilfeleistung konnte er nur als Leiche geborgen werden.

Württ. Entschliessung der Hauptfeldfrüchte 1923.

Nachdem die Ergebnisse der vorläufigen Winterermittlung von Weizen zu Anfang August, von Weizen im September und von Kartoffeln und Rüben zu Anfang Oktober 1923 schon früher veröffentlicht worden sind, ist bei dem Ergebnis der endgültigen, durch die Sothenberichterichter im November ausgeführten Ermittlung des Ertrages der Hauptfeldfrüchte im Jahre 1923 festzustellen, daß die endgültige Schätzung vor der vorläufigen, die zu einem großen Teile vorgenommenen

am 12. Januar beginnende Konfessionsblätter und der Tschobolobate eines Defensiv-Bündnisses dieser Art. Wie die Tschobolobate in Staaten der kleinen Entente reich abzuwickeln.

München in Österreich.

„Echo de Paris“ und Arden de-ale Abgeordnete vom republikanischen, ohne die Ankunft Reine-Nationalversammlung für erfindig für abgelehnt zu erklären. Der, die Einführung eines Senats zu in Österreich nicht mehr besteht, in unter dem Vorbehalt der chemischen Washington jede Zusammenarbeit leitet und beabsichtigen, sich unter

Leite in Sowjetrußland.

eben vor den Moskauer Gerichten beschuldigen in Staatsbetriebe fortlaufenden Diskussion über som-Redner der Opposition folgende der Unterabteilungen 49 Willi-Ost-Grupp“ zufolge bezugsgeho-Geld 300 000 Arbeiter neu einge-Non Moskau bis Kiew gebaut wer-

Staatshaushalt.

Abington. Die Staatseinkünfte im Millionen Dollar. Dies bedeutet Millionen gegenüber dem Vorjahr 88 Millionen Dollar.

-Anzeige.

er geben wir Verwandten, anten die schmerzliche Nach-efrau, unsere herzengute, Schwester, Schwägerin

cker, geb. Wader,

Jahren, abends 10 Uhr Leiden erlößt wurde.

den Hinterbliebenen:

Quiedmeister, mit Kindern.

Freitag, den 4. Januar, 3 Uhr, statt.

ach, den 2. Jan. 1924.

-Anzeige.

11 Uhr entschlief nach den unser lieber, treube-gegwater, Bruder, Schwager

Gorgus

Jahren.

iefer Trauer:

ie Gorgus, geb. König,

Frau, geb. Gorgus, und

findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

gs-Anzeigen

und Briefform

che Buchdruckerei,

h. D. Strom.

Engelsbrand.

Ein jähriges

Rind

zu verkaufen.

Chr. Schöninger.

Schöninger.

Ein zentnerschweres

Läufer-Schwein

ist zu verkaufen

Schillerstraße Nr. 164.

Pfingweiler.

10-15 Zentner

Heu

hat zu verkaufen

Otto Knüller.

228 Dänen (unverkauft
bullen, 367 (100) Jung-
(124) Kälber, 722 (72)
us je 1 Pfund Lebend-
29-33 (lehter Markt:
1. 24-27 (29-33),
1. 31-35 (36-40), 2.
1-26), Rüh 1. 22-26
7-12 (8-14), Kälber
49-52), 3. 30-38 (44
-86), 2. 54-59 (70 bis
des Marktes: langsam,

Bodenmarkt.) Die Groß-
schafen. Nur Kefel und
in größeren Mengen an
die jedoch hohe Preise
2.40-2.50 Mk. reichlich
billiger und kosten 1.50
nicht gut ab.

hyverabfchlag.) Wie die
sofortiger Wirkung ein
die Preise für die ein-
wie folgt: Dänen und
die 60 Pfennig, Kälber
Bfa. Kälber 80 Bfa.,
Bfa. 65-70 Bfa. und Schaf-

richten.
Verordnung des Chefs der
onen und Einrichtungen
aufgelöst worden.
durch Beschluß des baye-
rischen Ministeriums von
dürfte sich laut „Aug-
Plan des Wirtschafts-
folgende Mieberung er-
und Ministerium des
und Unterrichts, 3) Fi-
und 5) Wirtschafts-
ministerium würden Land-
bewerbe einschließlich der
lagen vereinigt sein.

daß die Interalliierte
dem befehlen und
trifft nur für das
abefetzte Gebiet bleiben
bestehen. Es ist aber
zeit auch für das neue-
erleichterungen eintreten
explodierte in einer
als man versuchte,
Lauen. Zwei Arbeiter
erlegt.

Ausschuß des Landtags
die Stimmen beschloßen,
nachdem dem Plenum die
Mehrere sozialisti-
sche für die Auflösung
ihre endgültige Stellung-
g vor.

tag sind neuerliche Ver-
schleiften der Bürger-
der sozialdemokratischen
die Bildung eines Koal-
der früheren sächsischen
Die Kandidatur Buds,
der Deutschen Volks-
soll.

des Generals Allen
ersten Wochen mit einer
Sammlung von Geld
nicht reiche Erfolge ge-
treter der Quäker, M.

keinesfalls gerantet, wenn
„Hofenpfeffer“ gewendet.
einer Stunde sehr reich.
Er stellte die Bühne
von 12, ohne zu sehen,
nimmt zum Best des Kie-
Sitzes, daß das Kind sich
auf. Er kam zurück und
er auf und ab, und daß
erwunderungen und Fre-
er gebotter Tisch da war,
eine dampfende Schüssel
solche Landwein und dem
den, alles das schien er
die alle Frau, nachdem
ihm mit Zeitstrahlen
ag als eine Versicherung,
Gebahren der, aber
achte.

schlich an, „der Sepp ist
bringen, und das Meiere
Küller, sefahren. Die
antwortete Wüderich ge-
und?“

er daraus . . .

Wüderich seine Wanderung
„Fortsetzung folgt“

E. Brown, in Berlin eingetroffen. Er überbringt bereits
die ersten Rohstoffe, die aus dieser Sammlung stam-
men. Ungefähr 3100 Tonnen Mehl, Reis, Fett, Kakao
und Zucker, sowie 35 000 Litern Milch zu je 48 Büchsen
sind zum Teil auf dem Wege, zum Teil lagern sie bereits
in Hamburg. Das Komitee des Generals Allen hat die
Quäker als Treuhänder für das gesammelte Geld bestimmt.
Es sollen bei der ersten Sammlung 10 Millionen Dollar
zusammengedrückt werden und man hofft, in der nächsten
Zeit aus dem Erlös der ersten Sammlung die Zahl der
zu speisenden Kinder in Deutschland von 500 000 auf 1
Million erhöhen zu können. Die Verteilung der Nahrungs-
mittel in Deutschland ist dem Deutschen Zentralausschuß
für die Auslandshilfe übertragen worden, der auf Grund
seiner großen Erfahrungen für die zweckmäßige Verteilung
sorgen wird.

Berlin, 3. Jan. Wie wir hören, wird der Reichsver-
kehrsminister den Reichseisenbahnen noch in diesem Monat
einkommen, um ihn über Art und Umfang einer etwaigen
Erhöhung der Eisenbahntarife sachlich zu hören.
Die für das Gutachten erforderlichen Vorlagen und Unter-
lagen werden zur Zeit im Reichsverkehrsministerium vorbe-
reitet.

Berlin, 3. Jan. Am 24. Dezember 1923 überreichte
der polnische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amt
eine Note, worin Beschwerde geführt wird über die vom
medlenburgischen Innenministerium angeordnete Durchfüh-
rung des Rückkehrzwangs gegen die ausländischen Wander-
arbeiter in Mecklenburg, da dadurch zahlreiche polnische
Staatsangehörige gezwungen würden, ihren Besitz zu ver-
schleudern. Ferner sei für den Rücktransport in technischer
und gesundheitlicher Hinsicht keine hinreichende Fürsorge ge-
troffen worden. Zugleich werden in der Note Repräsentanten
gegen Reichsdeutschland in Polen angekündigt. In der deutschen
Antwortnote vom 31. Dezember 1923 wurde demgegenüber
darauf hingewiesen, daß die betreffende medlenburgische
Verordnung bereits vor Wochen erheblich abgemildert worden
sei, was der polnischen Gesandtschaft auch mitgeteilt worden
war, sodas wenigstens neun Zehntel der polnischen Land-
arbeiter in Mecklenburg verblieben. Auch von den Abge-
ordneten, deren Zahl die polnische Gesandtschaft auf 1500 be-
schätzt, dürfte die Mehrzahl freiwillig nach Polen gewandert
sein. Allen Abgewanderten steht ferner die Rückkehr nach
dem 15. Februar 1924 frei. In Fällen, wo wirtschaftliche
Schäden durch die Verschleudering von Besitz eingetreten
sind, wird die Vereinnahmung, Schadenersatz zu leisten, zum
Ausdruck gebracht unter der Voraussetzung, daß Repräsentanten
von polnischer Seite unterbleiben.

Berlin, 3. Jan. Der Bundesausschuß des Afabundes
hat den Vorstand der Organisation beauftragt, den Austritt
aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen. Von
den größten Angestelltenverbänden gehört jetzt nur noch der
Deutschnationale Handlungsgehilfenverband der Arbeits-
gemeinschaft an. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts-
bund wird Mitte Januar über seine Haltung Bescheid wissen.

Berlin, 3. Jan. Nach einer Mitteilung des Soange-
lichen Pressedienstes wurden der Präsident und der Vice-
präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonfessions-
rats, D. Böhme und D. Jhaels, die von der sächsischen Staats-
regierung zwangsweise pensioniert worden waren, durch Be-
schluß des zuständigen Reichsgerichtshofes in ihren Ämtern
bestätigt.

Berlin, 3. Jan. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört,
wird eine Abordnung aus der Rheinpfalz am Samstag nach
Berlin kommen, um hier mit der Reichsregierung zu ver-
handeln. Zur Deputation stehen die politischen Vorgänge
in der Pfalz. — In einer Sitzung von Vertretern des deut-
schen Nahrungsmittelgroßhandels mit Vertretern des Ber-
liner Polizeipräsidiums und der Preisprüfstelle wurde
laut „Vollständiger Zeitung“ beschlossen, die Großhandels-
zahlen für Lebensmittel um durchschnittlich 5 Proz. herabzusetzen.
— Am 29. v. Mts. hat die Surete Militaire Belgique in
der Reichsbankstelle Kachen 296,55 Millionen Mark Reichs-
banknoten für angeblich zu Unrecht erhobene Zollgebühren
weggenommen lassen. — Der Dollarkurs erfuhr am Donner-
stag keine Veränderung.

Hamburg, 3. Jan. Der erste Bürgermeister Dr. Diekel
ist heute vormittag gestorben.

Kopenhagen, 3. Jan. Die 30-jährige russische Prin-
zessin Olga Koslowki entwendete auf dem Gatte Krogoslaw,
wo sie seit Weihnachten als Gast weilte, Schmuckgegenstände
im Werte von 15 000 Kronen. Die Prinzessin wurde in das
Gefängnis nach Helsingfors gebracht. Es ist festgestellt
worden, daß die Prinzessin während der 2 letzten Jahre,
in denen sie sich in Kopenhagen aufhielt, viel in diplomati-
schen Kreisen verkehrte und in dieser Zeit fortgesetzt Wert-
gegenstände aus dem Reise ihrer Bekannten verschwand. Es
wird jetzt untersucht, ob diese Diebstähle der Prinzessin zur
Last fallen.

Amsterdam, 4. Jan. Der Sonderkorrespondent des
„Allgemeinen Handelsblatts“, der dem Düsselbacher Schupo-
prozess bewohnte und zahlreiche Studienreisen durch das
befetzte Gebiet gemacht hat, fährt in seinem Blatte aus,
wenn man von der Balkanisierung Europas sprechen dürfe,
so sei die Frage erlaubt, ob dies nicht eine unverdiente
Kränkung für die Bewohner des Balkans sei. Wer es
erlebt habe, wie belgische Gendarmen in Kachen die deutsche
Bevölkerung mit Gewehrkolben und Gummihäpfelein be-
handelt hätten, wer die Verbrüderung der Soldaten des Ge-
nerals de Meh mit separatistischen Strauchrittern erlebt und
Kenntnis habe von den schmutzigen Finanzoperationen der
Familie Doret, die von den französischen Behörden unter-
stützt worden seien, wer endlich in Düsselhof Zeuge ge-
wesen sei, wie die braven Schupooffiziere weniger Gerechtig-
keit gefunden hätten als sie einem gewöhnlichen Raubneger
jeweilt werde, der würde erkennen, daß die fleißige und
erbare Bevölkerung des kulturell am höchsten entwickelten
Teiles Europas, nämlich des Rheinlandes und des Ruhrge-

bietes, nicht wie ein Volksvolk, sondern wie ein Stamm
von Wilden behandelt werde.

Loulou, 3. Jan. Gestern abend ist ein Funktele-
gramm von Rijeste aufgenommen worden, demzufolge
gestern im Meere ein Benzintank aufgefunden wurde, auf
dem mit Bleisäure mehrere Tische angehängen waren. Der
Tank dürfte von dem verloren gegangenen „Dirmaiden“
herrühren. Der Berichterstatter gibt die Nachricht mit allem
Vorbehalt wieder.

Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des „New York
Herald“ aus Washington hat der italienische Botschafter
gestern beim Staatsdepartement gegen den Plan einer Ver-
abstimmung der Einwanderungsquote protestiert, der zur Zeit
dem Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses vor-
liegt. Staatssekretär Hughes hat den Protest dem Einwan-
derungsausschuß übermitteln. Da am 30. 6. das derzeitige
Einwanderungsgesetz außer Kraft tritt, muß bis dahin der
Kongreß eine Entscheidung getroffen haben.

Beamtenabbau.

Stuttgart, 3. Jan. Die jüngst veröffentlichte Verordnung
des Staatsministeriums über den Personalabbau des Staats-
rat Departement veranlaßt gegeben, in einer Presse-Konfer-
enz über Zweck und Tragweite der Verordnung zu sprechen.
Der Abbau ist vom Standpunkt einer geordneten Staatsverwal-
tung ein sehr ehrenrührendes Werk, berechtigt lediglich unter dem
Gesichtspunkt der Finanzlage und der Notwendigkeit einer
Wirtschaftsverbesserung. Württemberg will nicht schematisch abbauen,
sondern gleichzeitig auch die Vereinfachung der Staatsverwal-
tung durchzuführen. In welchen Ergebnissen diese Vereinfachung
führen wird, läßt sich allerdings noch nicht sagen. Die Be-
amtenzahl der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten
beträgt in Württemberg zur Zeit mit Ausnahme der Schul-
behörden und der Landräte, die im Interesse der Staatssicher-
heit keinen Abbau ertragen, 19 268. Da die Verordnung das
Ausscheiden von 15 Prozent der Beamten bis zum 1. April
1924 vorsieht, so fallen unter den Abbau 2 890 Beamte. Die Zahl
der Angestellten im Staatsdienst ist verhältnismäßig gering,
nämlich 1355, davon 692 weibliche. Letztere sind meistens als
Rechtschreibschreiberinnen verwendet und deshalb unentbehrlich.
Beim Abbau der Angestellten wird also nicht viel herauskom-
men. Die Staatsvereinfachung wird nicht großzügig werden
können. Es ist vielleicht möglich, zwei Ministerien zu erparieren.
Im übrigen kann man nur im Kleinen abbauen und wird dabei
auch vor der Schule nicht Halt machen können. Es wird unver-
meidlich sein, kleinere Schulen aufzugeben und Klassen zusam-
menzulegen. Was den Abbau bei den Gemeinden und Kör-
perlichkeiten betrifft, so gibt es in Württemberg 10 000 Ge-
meindebeamte und 3000-4000 Gemeindeangestellte. Der Ab-
bau wird hier nur langsam durchführbar sein. In kleinen
Gemeinden, wo die Beamtenschaft ohnedies über das Minimum
nicht hinausgeht, kann ein Abbau auch nicht in Frage kommen.
Was die Kirchen anlangt, so kann der Staat nicht unmittelbar
abbauen, muß dies vielmehr der Selbstverwaltung der Kirchen
überlassen. Dafür werden die Zuschüsse gekürzt, natürlich nur
insoweit für den Personalabbau, also in der Anzahl der
Zuschüsse für die Pfarrbesoldung. Die Kirchen dürfen den
Abbau nicht etwa dadurch aus dem Wege rufen, daß sie als
Geld für die pastöralen Zuschüsse die Steuern erhöhen. Die
Verordnung enthält als Vorbehalte des Abbaus neun Mittel:
1. Die Einstellungssperre, die das Nachrüsten von Beamten ver-
hindert, wodurch sich ihre Zahl von selbst vermindert. Dazu
kommt die Beförderungssperre. Das zweite Mittel ist die
Pensionspensionierung, die nur mittelbar zu Abbau und
Staatsvereinfachung beiträgt, indem die meisten Stellen nicht
mieder besetzt werden, wodurch die Staatsverwaltung auf eine
schmalere Basis gestellt wird. Die von der Verordnung ge-
mäßigte Altersgrenze von 67 Jahren trägt das Kompromiß an
der Stirne. Man hatte die Wahl zwischen dem 65. Lebensjahr
der Reichsverordnung unter Zulassung vieler Ausnahmen und
dem 67. Lebensjahr, das für die Richter gilt. Die Zulassung
der Ausnahmen wäre mehr oder weniger in das Ermessen der
Verwaltungsbehörde gestellt gewesen, die dies selbst nicht wünschen.
Die Beamten treten also automatisch in den Ruhestand. Das
dritte Mittel, die Veretzung der über 50 Jahre alten Beamten
in den Ruhestand, hängt von der Zustimmung der betreffenden
Beamten ab und dürfte nicht von allzu großer praktischer Be-
deutung werden. Das vierte Mittel, die zeitliche Veretzung in
den Ruhestand, ist eines der wichtigsten. Württemberg nimmt
dabei an die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse mehr
Rücksicht als das Reich, indem, als diese Rücksichten den dienst-
lichen nicht nachgegeben, sondern gleichgestellt werden. Auch das
fünfte Mittel, das Ausscheiden lebenslanglich angestellter Be-
amten unter Zulassung eines Ruhestands und der Hinter-
bliebenenversorgung, falls sie das 67. Lebensjahr erreichen,
dürfte eine große praktische Bedeutung erlangen. Die Ab-
stufungssummen an ausscheidende Beamte werden, weil sie sehr
gering sind, keinen besonderen Bedrück anstehen. Am härtesten
wirkt das sechste Mittel, die Entlassung der Angestellten. Ihre
Zahl ist aber, wie bereits angegeben, verhältnismäßig gering.
Das siebte Mittel ist die Verpflichtung zur Übernahme von
Ruhestandern ohne besonderes Entgelt. Ein solcher Antrag vor-
zuhaben in Württemberg nicht möglich. Wo Willigkeitsgründe
vorliegen, können übrigens solche Entpelt gewährt werden.
Praktisch wird diese Sache besonders bei den Lehrern werden.
Die Schranke ist aber dadurch gesenkt, daß niemand mehr zu-
genommen werden kann, als in seinen geistigen und körperlichen
Kräften liegt. Auch dem Lehrer kann wohl nichts zugemutet
werden, was über die Höchstzulassungsbetrag hinausgeht. Das
achte Mittel ist die Veretzung auf ein anderes Amt derselben
oder einer gleichwertigen Baubahn von geringerer Rang-
und planmäßigen Dienstalter. Das neunte Mittel, das Kündigung-
recht gegenüber verbeiratheten weiblichen Beamten, ist nur die
Wiederherstellung des früheren Status. Rechts. Diefelben Mit-
tel gelten auch für die Gemeinden. Gemildert werden die mei-
sten dieser Mittel dadurch, daß sie zeitlich begrenzt sind. Die
Durchführung wird für die Betroffenen viel Leid, Sorge und
Verbitterung bringen und jede Regierung, die sich damit be-
faßt, unpopulär machen. Diese Maßregeln sind aber härteste
Staatsnotwendigkeit. Alle übrigen Volksteile und Stände
müssen sich ebenfalls dieser Opfer unterwerfen. Ohne Abbau ist eine
Gefundung des Staatskörpers unmöglich.

Näherung des Bezirksamts Offenburg durch die Franzosen.

Offenburg, 3. Jan. Die Franzosen haben das hiesige Be-
zirksamt, das sie seit Februar 1923 besetzt hielten, wieder frei-
gegeben und die Rückkehr der Bezirksbeamten gestattet.

Für Wahlfreiheit in Bayern.

München, 3. Jan. Die Demokraten haben heute im Landtag
folgenden Antrag eingebracht: „Für den Fall, daß die Ausbe-
reitung des Ausnahmestandes während der Zeit der Wahlvor-
bereitung abgelehnt wird, wolle der Landtag beschließen:
1. Von heute ab bis zu den Terminen, an denen die Wahlen
zum Landtag und zum Reichstag vollzogen sind, dürfen Druck-
schriften, insbesondere Zeitungen und Flugblätter nur verho-

len werden, wenn sie ihrem Inhalt nach auf einen gewaltsamen
Umsturz der Verfassung und auf die Zerschlagung der öffentlichen
und staatlichen Ordnung abzielen. 2. Verbote von Zeitungen
und Druckschriften können während dieser Zeit nur mit Zustim-
mung des Ministerrats verhängt werden. 3. Weisungen an das
Oberste Landesgericht stellt offen. 4. Die Weisung und Verfam-
lungsfreiheit ist in gleichem Zeitraum im Rahmen von Weisung
und Verfassung wiederherzustellen. Die Staatsregierung über-
nimmt mit allen staatlichen Nachmitteln den Schutz dieses
Rechts und der Wahlfreiheit gegen alle gewaltsamen Ein-
griffe.“

Im Verfassungsausschuß des Landtages haben gestern die
Verhandlungen über die Anträge begonnen, die sich mit der
Frage der Landtagsauflösung beschäftigen. Die Bayerische
Volkspartei erklärte, sie halte noch vor an der bedingungs-
losen Auflösung fest. Die Redner der übrigen Parteien wi-
dersprachen der Behauptung, der Bayerischen Volkspartei, daß
die Abänderung der Anträge eine Verletzung der Land-
tagsauflösung bedeuten würde. Ein Antrag selbst (Bayerische
Volkspartei) will die Regierung ermächtigen, die zur Ausglei-
chung des bayerischen Staatshaushaltes erforderlichen Maß-
nahmen durchzuführen. Ein Antrag der Demokraten besagt,
daß die Regierung nicht über die zu dem Ermächtigungsgesetz
angewiesenen Anträge hinausgehen dürfe. Finanzminister
Dr. Kraußner erklärte, daß die Regierung sich mit einer Ab-
änderung des Finanz- und Ermächtigungsgesetzes nicht abfin-
den könne. Sie müsse nach der Landtagsvertagung sich über
ihre Bedenken hinwegsetzen und sie habe ja auch bereits von sich
aus gehandelt, so bezüglich des Personalabbaus. Gegenüber
einem sozialdemokratischen Redner erklärte der Minister, daß
gerade die sozialdemokratische Partei den Anfang der Inflation
verschuldet habe. In bezug auf die Frage der Aufhebung der
Doppelbesetzung erklärte der Finanzminister, man scheine im Reiche
selbst der Meinung zu sein, daß ein geänderter Mittelweg ein-
geschlagen werden müsse. — Die Abstimmung über die Anträge
wurde auf Freitag vertagt.

Falschreis Testa.

Ludwigsbafen, 3. Jan. Die „Reise Falschreische Land-
zeitung“ aus unerschütterlicher Quelle erfährt, beabsichtigt der päp-
stliche Delegat im Ruhrgebiet, Rfgre. Testa, bereits in den näch-
sten Tagen der Pfalz einen Besuch abzustatten, um sich über die
Verhältnisse in der Pfalz genau zu unterrichten. Testa wird
dem St. Stuhl eingehend Bericht über seine Beobachtungen
erstatten.

„Daily Herald“ schreibt, vor fast 300 Jahren sei das Ver-
halten der Franzosen in der Pfalz ein öffentlicher Skandal ge-
wesen in Europa. Heute verführe die französische Regierung
noch immer, die Politik Ludwigs XIV. zu treiben und dieses
Gebiet von Deutschland loszutrennen, und zwar mit demselben
Ziel wie früher, nämlich um andere Staaten zu schwächen und
die eigene Macht zu vergrößern.

Betriebsstilllegung bei den Mannesmann-Werken.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, gab die
Leitung der Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Walzwerke
in Köln, auf den Beschluß der freigebergesellschaftlichen Metall-
arbeiter hin, nur acht Stunden zu arbeiten und dann die Ar-
beitstilllegen zu verlassen, heute bekannt, daß unter diesen Um-

ständen die Fabrikation durch den elektrischen Strom. In der
Nacht ihres Ausfalls in Grubmühl in Bayern wurde die
Hilfsstromlinie Marie Lober durch den elektrischen Strom zer-
stört. Der Unfall wurde nach dem Entzünden von Schweißflüssen
dadurch herbeigeführt, daß die elektrische Anlage technisch
nicht einwandfrei hergestellt und auch die Sicherheitsvorschriften
nicht genau befolgt worden waren. Nun hatte sich der Mon-
tageschichtführer Josef Laffen, dem die Anlage der Leitung
übertragen war, vor dem Sondergericht München 2 wegen fahr-
lässiger Tötung zu verantworten. Er wurde zu 3 Monaten
Gefängnis verurteilt.

Vorzüge der Zeitungs-Neiklame!

Warum ist die Tageszeitung allen
anderen Werbemitteln überlegen?

1. Die Tageszeitung wird von allen Bevölkerungs-
schichten gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu
Hand, liegt überall auf und wird täglich und stündlich von
Hundertern und Tausenden an zahlreichen Verkehrs-
und Geschäftskreisen zur Hand genommen. Verbreitung und Gelesen-
heit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher
Werbewirkung.
2. Der Leser widmet selbst in dieser hastenden, stüch-
tigen Zeit der Lesart seines Blattes ruhigste Aufmerksamkeit;
seine Interessen sind mit den darin enthaltenen Nach-
richten aufs engste verknüpft, und der Anzeigentel namentlich
vermittelt ihm in Angebot und Nachfrage die wichtigsten
Anregungen.
3. Die Anzeigenbesteller haben die Gewißheit, daß sie
mit ihren Anpreisungen die breitesten Schichten erreichen,
die erste Voraussetzung für wirkliche Werbeerfolge.
4. Die Tageszeitung dringt schnell und pünktlich und in
kurzen Abständen bis in das entlegenste Dorf und wird auch
dort zur Trägerin lebendiger Werberkraft.
5. Jede Zerstückelung der Werberbeitigkeit vermindert
ihren Wert. Die Zeitungsreklame vermeidet solche, Er-
folgsreicher inseriert man im

„Enztäler“.

Tinten für alle Zwecke
wie
Deutsche Reichsschreibtinte, Copiertinte,
Wäschzeichentinte,
chinesische Tusche,
Stempeltinten, Firma- und Vereins-Stempel
liefert preiswert
E. Wech'sche Buchhandlg., Neuenbürg,
Inh.: D. Strom.

Händen die Aufrechterhaltung des geordneten Betriebes, sowie eine wirtschaftliche Arbeit unmöglich gemacht werde, und daß sich die Leitung des Betriebes dabei gezwungen sehe, den Betrieb vom 3. Januar an vollständig zu stilllegen und die gesamte Belegschaft in die Kasse zu entlassen. Auch die Vertreter des Christlichen und des Christlich-Sozialen Metallarbeiterverbandes erklärten, daß sie sich dem Kampf der freigeberischen organisierten Arbeiter anschließen würden.

Verbot gegen den thüringischen Innenminister.

Berlin, 3. Jan. Wie aus unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, hat das zuständige Amtsgericht heute Verbot gegen den vorläufig freigegebenen thüringischen Minister des Innern Hermann erlassen.

Die große Einheitsfront in Sachsen.

Berlin, 3. Jan. Wie der „Vorwärts“ aus Dresden meldet, beschloß gestern die sozialdemokratische Landtagsfraktion, ohne die Stellungnahme des für den 6. Januar einberufenen Landesparteiabwesenden der Bildung der großen Koalition in Sachsen ihre Zustimmung zu geben. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden.

Nach der „Vossischen Zeitung“ sollen die Verhandlungen zwischen den Landtagsfraktionen über die Kabinetsbildung bereits zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Es werde folgende mutmaßliche Ministerliste genannt: Ministerpräsident: Heß (Soz.); Inneres: Müller-Schmahl (Soz.); Arbeit: Höner (Soz.); Wirtschaft: Hellwig (Soz.); Finanzen: Dr. Dehne (Demokrat); Justiz: Bünner (Deutsche Volkspartei); Volkshilfe: Dr. Kaiser (Deutsche Volkspartei).

Dr. Schacht verhandelt mit der Bank von England.

Berlin, 3. Jan. Aus London wird der „S. P.“ gemeldet: Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mit führenden Persönlichkeiten der Bank für England und der City gestern über Teilnahme englischer Finanzkreise an der von ihm vorgeschlagenen Goldanleihe und an der Nahrungsmitteleihs für Deutschland Unterredungen gehabt. Während in England lebhaftes Interesse für eine englische Beteiligung an der Bank besteht, wird angesichts der unklaren Haltung der Reparationskommission wegen einer Beteiligung an dem Lebensmittelleih nach große Zurückhaltung geübt.

Beratungen des Reichstages.

Berlin, 3. Jan. Der über den Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Reichsregierung zu ersuchen, von dem Erlaß der Verordnung über eine Erhöhung der Umsatzsteuern für die besetzten Gebiete abzugehen, da die darin enthaltene Ausnahmeregelung der besetzten Gebiete politisch unerwünscht sei. Der Ausschuss beschloß sich darauf mit dem Verordnungsamt zur Abänderung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachte Schäden, durch den der Entschädigungsausschuss eingeschrieben wird. Ein Antrag, die Verordnung nicht in Kraft zu setzen, wurde abgelehnt.

Berlin, 3. Jan. Der Reichsausschuss beschäftigte sich in weitem Verlauf seiner heutigen Sitzung mit der Verordnung

über Betriebsstilllegung und Arbeitsstreckung vom 13. Oktober 1923. Die Verordnung über den Verkehr mit Zahlungsmitteln unter 50 Milliarden Mark, durch die die öffentlichen Kassen von der Verpflichtung entbunden werden, Zahlungsmittel unter 50 Milliarden in Zahlung zu nehmen, wurde vom Ausschuss angenommen, nachdem der Regierungsdirektor erklärt hatte, daß jetzt die Ausgabe von geprägten Rentenpfandstücken in vollem Gange sei. Alsdann beschäftigte sich der Ausschuss mit einer Anordnung des Reichsarbeitsministeriums über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter vom 24. Oktober 1923. Angenommen wurde ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, im Sinne des seinerzeit im Reichstag gestellten entsprechenden Antrages zu verfahren, wonach Jugendliche bis zu 16 Jahren, die den Familienzuschlag der Erwerbslosenfürsorge erhalten, zur Übernahme von Arbeit, Besuch der Berufsschulen usw. verpflichtet sind und wonach dieser Familienzuschlag nicht in der an die Jugendlichen selbst, sondern an den Haushaltungsvorstand oder in Form von Beköstigung an Jugendliche selbst zu gewähren ist. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, erneut an die Regierung die Anfrage zu richten, wie sie sich zu den Beschlüssen des über-Ausschusses bezüglich der Personalabwanderung vom 27. Oktober 1923 zu verhalten gedenke, insbesondere, ob sie dem darin beantragten Überwachungsanspruch zustimmen bereit sei.

Die Lage in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 4. Jan. Die für gestern nachmittags angeordneten Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter, dem früheren Reichsminister Wessell, zur Beilegung des Konfliktes in der Berliner Metallindustrie, scheiterten daran, daß die Unternehmer die Unbefugtheit des Schlichters anzweifeln und den Reichsarbeitsminister zu einer Entscheidung anrufen. Trotz des Einspruches der Unternehmer hat der Schlichter weitere Verhandlungen auf heute festgelegt.

Von den annähernd 150 000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Betrieben des Vereins Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, arbeiten, dem „Vorwärts“ zufolge, 150 000 Berlinern nicht.

Dem „Vorwärts“ zufolge sind fast sämtliche dem Verein Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe stillgelegt. Es handelt sich um etwa 100 Betriebe mit 130 bis 140 000 Arbeitern. Die Bewegung hat bis jetzt fast alle großen Werke, so die A.G. Bergmann, Schwarzkopf, Vorsch, Anorr-Bremse, Dornier u. Koppel, Ohm usw. erfaßt. An einzelnen Stellen, so bei der Anorr-Bremse AG. und bei der AG. in Piesenberg, ist es heute normiert zu Ausbreitungen radikaler Elemente gekommen. Polizei stellte jedoch die Ruhe schnell wieder her.

Sechsstündige Arbeitszeit in der ober-schlesischen Eisenindustrie.

Breslau, 3. Jan. In der ober-schlesischen Eisenindustrie ist zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern ein Abkommen getroffen worden, wonach die Arbeitszeit allgemein auf 10 Stunden festgesetzt wird. Im Vergleich ist auch hinsichtlich der Übertragungsarbeiten ein Übereinstimmendes beschlossen worden, nachdem die Arbeitgeber sich verpflichtet hatten, die Löhne gemäß den letzten Schiedsverträgen zu zahlen.

Aufkündigung der Antwort Frankreichs.

Paris, 3. Jan. Der diplomatische Redakteur der „Globe“ glaubt, daß die ihm gemachten Andeutungen über den Inhalt der gestern von Caut d'Orlan festgelegten Antwort auf das deutsche Memorandum vom 21. Dezember es ihm gestatten, folgendes über den Inhalt der Antwort mitzuteilen: Die lokalen französischen Behörden im besetzten Gebiet sind im allgemeinen ausdrücklich gegen die Gesamtheit der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinländern verlangten Maßnahmen. Sie seien geneigt, den Wert des Landes und sogar der Sicherheit der Besatzungsmächte zu wahren. Man könne also annehmen, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beziehen werde, die sich aus dem Vertrag herleiten und daß sie nicht verzichten werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die sie gestellt hat, bereits teilweise teilweise, namentlich was die Wiederentstellung der Eisenbahnen betrifft, Befriedigung erlangt haben. Man habe auch Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde, da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden seien, in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in einem sehr gemäßigten Tone abgefaßt und trage wesentlich technischen Charakter, so sie verwerfe nicht einmal den Weg zu späteren Verhandlungen, je nachdem die Umstände dazu die Möglichkeit bieten würden.

Die französische Antwort wird also, wie aus diesen Andeutungen hervorgeht, im wesentlichen ablehnend sein. Etwas anderes mag von Poimare nicht zu erwarten: Um so eigenartiger beruht es, daß gerade heute der „Matin“ der Reichstagsrede Millersands an der Spitze seiner Nummer einen Kommentar liefert, der zwar keinerlei sachliches Entgegenkommen in greifbare Aussicht stellt, aber den Gedanken einer Verständigung mit Deutschland prinzipiell bejaht. In dem Artikel wird nach einigen Ausfällen auf die Haltung Deutschlands während des Ruhrkampfes eingegangen: Vielleicht würden die Besessenen finden, daß das Wort „Wiederausöhnung“ des Millersands gesprochen habe, übertrieben sei. Dieses Wort sei während 50 Jahren nicht möglich gewesen, solange Deutschland gegen den Willen der Bevölkerung die französischen Provinzen mit Gewalt unter seiner Herrschaft gehalten hätte. Heute, nachdem diese Provinzen zum Vaterland zurückgeführt seien, wie sie es laut Vertrag hätten und nachdem das Verbrechen von 1871 durch den Sieg von 1918 ausgeremmt worden sei, verbiete nichts, sich mit Frankreich auszusöhnen, im Gegenteil, Frankreich wünsche nichts sehnlicher, weil es wohl wisse, daß die Zivilisation und der Friede nur dadurch gedeihen können. Auch dieses Mal habe Deutschland das Wort. Man müsse hoffen, daß die Anzeichen, die man erkenne, nicht trügerisch seien und daß Deutschland sich nicht aufs neue verirren werde. Auf alle Fälle sei es natürlich und ohne Zweifel nötig, daß Frankreich nach dem Ruhrkrieg und angesichts der deutschen Konjunktionskrise, daß es seine Ansichten nicht geändert habe und daß es für eine unerlässliche Bedingung für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt die Rückkehr der beiden Länder zu normalen Bedingungen für unerlässlich halte. Es sei bereit, daran mitzuwirken. — Soweit der „Matin“. Sind seine Ausführungen nur die übliche diplomatische Finesse? oder offenbart sich darin der Gegensatz Poimare-Millersand?

Regierungszeitung: Vossische Zeitung, 17. Neuenbürg, 30. Wollensburger, Durch die Post im Ost- u. Oberamtverkehr, sowie im sonstigen inland. Verkehr 50 Goldpfennig m. Postgebührgebühren. Preis einer Nummer 12 Goldpfennig.

In Fällen von ad'erer Gewalt behält kein Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder auf Wiederherstellung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Buchhändler, in Neuenbürg außerdem die Buchbinder jederzeit entgegen.

Stiefel Nr. 24 bei der O. S. Sparte Neuenbürg

Politische Wochen

Der Jahreswechsel brachte den bei den Staatsberühmten Wünsche der Wochenschrift und nicht, was uns ein Wegweiser neuen Jahres. Man las aus ausländischen, oberhalb wir Präsidenten und Reichsminister merksam und mit Andacht, wie zuvor. Die Jahresberichter ausschließlich auf Rückblick und politischen Entwicklung, lernt. Wir konnten aus den fern.

Es war die Krönung der Revolutionen, die jemals in der Welt gab. Es regierte den Groß bis zum Kaiser. Die wunden Krieg verliert, unermesslich die Reparationsforderungen über besser leben könne als vor d. Welle an. Der kommunistische für die Menschheit, und die die schlimmste Selbstmordanschuld oblag unter sich von grimmig Dacht hinein ihre Triumphe. Die Weltgeschichte einstrahlte und die sich zu begraben drohte, kam.

Und warum ging es nicht von 1918 wollten? Weil sie als Versprechungen, weil sie gierungsstellen verfolgten. Tausende Arbeitswache, Betrüger etwas vordrängen, aber falsch war, weil sie das, weil sie nur materialistische innere Politik hat sich eigentümlich hat lange die Radikale Tausendfach benötigt, bald bald sich in den Schmelz ihrer Parteipolitik rätlich er die Mißfolge und Enttäuschung zur Wehr teil nach rechts, aufherste Rechte, die einst nicht jetzt auch auf den Boden der einseitigen anerkennen und dieser Einsicht liegt zugleich die Mehrheitsbildungen in den menten.

Unter Schicksal im Auslande der Erfüllungspolitik abhängig zu viel noch zu wenig, sondern gerechten Ausgleich zwischen den und zwischen diesen. Frankreich beherrschte Europa Millionen Menschen teils durch den abtrennung eingeholt um wie eine Kirchenmaus und noch einig als Reich und geteilt mit einwilligungsfähig und d. Frankreich hat seine Rüstung hat selbst in der Tschechoslowakei dafür sorgen, daß wir weniger bedroht sind als im England's Orell. Großbritanni steht darin, daß es nie ein den Kopf wachen ließ. Wie es auch einmal für Deutschland einen Konflikt durchzuführen. Indessen arbeitete zunächst die Einkreisung zwischen England, Spanien und Italien andere res Mitglied sollte Griechenland malie hat in Venizelos einer land befreundete griechische ler Scheitern augenblicklich wieder. Gleichwohl wird England altbeständiger Fähigkeit verfolget dieses übrig, weil es von feiner rita längt überholt und im verdrängt ist. So, wie nun Relationen stellt, wird sich Frankreich können wir nicht dring geboten ist. Ein Volk wieder aus dem Hinfortteil. Schuldpolitiken erkennbar in fassung für ein näheres Deutschland und Frankreich kann es sein geben, und es muß auf zu dieser Haltung zu bringen und Wünsche für das neue

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg. Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Kassenvorstandes vom 15. 12. 23 werden mit Wirkung vom Montag, den 31. Dezember 1923 ab die Krankenversicherungsbeiträge von seitherigen 9% auf 7 1/2% des Grundlohnes ermäßigt. Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge sind durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises vom 12. 12. 23 vom 31. 12. 23 ab auf 2 Prozent des Grundlohnes festgesetzt worden. Die Beiträge werden künftig in monatlichen Zeitschnitten erhoben und wird als **Verfalltag der letzte Tag jedes Monats festgesetzt.** Der Monat Januar umfaßt einschließlich Montag, den 31. 12. 23 zusammen 32 Tage. Die Beiträge sind nach Tagen zu berechnen; tritt z. B. ein Versicherten am 10. Jan. bei der Kasse ein, so sind im Januar für 23 Tage Beiträge zu bezahlen; scheidet ein Versicherten am 10. Januar aus, so sind Beiträge für 10 Tage zu berechnen; für eine volle Arbeitswoche mit 6 Tagen sind Beiträge für 7 Tage zu bezahlen, weil auch die Barleistungen für 7 Tage zu reichen sind.

Am 1. Januar ab geht die Kasse wieder zum Lohnkassensystem über und fällt die Einteilung der Versicherten nach Mitgliederklassen weg. Für die Zuteilung zu einer Lohnstufe ist daher wieder der **Arbeitsverdienst**

maßgebend, weshalb bei Lohnänderungen die erforderliche Anzeige an die Kasse zu machen ist. **Vordrucke zur Lohnangabe auf 1. Januar 1924** gehen den Arbeitgebern in den nächsten Tagen zu und sind diese ausgefüllt umgeben an die Kasse oder Meldestelle zurückzugeben.

Für diejenigen Arbeitgeber, bei welchen der wichtige Arbeitsverdienst als Grundlohn gilt und welche wöchentlich abrechnen, verbleibt es bei den Richtlinien des Rundschreibens vom 19. 12. 23.

Durch Verordnung des Württ. Arbeitsministeriums wurde mit Wirkung vom 31. 12. 23 ab den **Krankenkassen der Beitragseinzug und die Markenklebung für die Invalidenversicherung abgenommen und den Arbeitgebern übertragen.** Die Kasse wird im Laufe des Monats den Arbeitgebern die Quittungskarten der bei ihnen beschäftigten Invalidenversicherungspflichtigen Personen mit einem Merkblatt der Versicherungsanstalt Württemberg ausstellen. Die Versicherten haben ihre Quittungskarten künftig nicht mehr der Kasse, sondern ihrem Arbeitgeber abzugeben und auch wieder bei demselben zu holen.

Mit Wirkung vom 31. 12. 1923 ab gelten folgende Tabellen:

Stufe	Kranken-Versicherung				Erwerbslosenfürsorge		Versicherungsbeiträge zus.	
	Durchschnittlicher Tagesentgelt	Grundlohn	Tagesbeitrag	Anteil des Versicherten	Tagesbeitrag	Anteil des Versicherten	Täglich	Anteil des Versicherten
	M	M	M	1/2	M	1/2	M	M
1	bis —.90	— .60	— .06	— .04	— .02	— .01	— .08	— .05
2	von —.90 bis 1.50	1.20	— .09	— .06	— .02	— .01	— .11	— .07
3	1.50 — 2.10	1.80	— .15	— .10	— .04	— .02	— .19	— .12
4	2.10 — 2.70	2.40	— .18	— .12	— .04	— .02	— .22	— .14
5	2.70 — 3.30	3. —	— .24	— .16	— .06	— .03	— .30	— .19
6	3.30 — 3.90	3.60	— .27	— .18	— .08	— .04	— .35	— .22
7	3.90 — 4.50	4.20	— .33	— .22	— .08	— .04	— .41	— .26
8	über 4.50	4.80	— .36	— .24	— .10	— .05	— .46	— .29

Neuenbürg, den 3. Januar 1924.

Vorsitzender des Vorstandes: Hr. Deinselmann.

Verwalter: Doberneck.

Schwann. Gut-Belebung dem, der mit über den Verbleib meines **Hundes** (Dobermann) Kaufs geben kann. D. Böhliger, Schreiner.

Pfinzweiler. **Große Hundebörse** am Sonntag, den 6. Januar im Gasthaus zum „Röhle“ in Pfinzweiler. W. Obrecht zum „Röhle“.

Salmbach. Wegen Nachzahlung verkaufe ich zwei starke, schöne **Zucht-Farren**. Schöninger.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Durch rechtskräftigen **Strafbefehl** des Amtsgerichts vom 21. Dezember 1923 wurde verurteilt: **Hana Kraus**, geb. Haa, geboren 19. 1. 1878 in Wildbad und dort wohnhafte Mehlgermeisterhefrau wegen eines Vergehens gegen §§ 1 und 6 der Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften vom 7. 11. 1923 (R.G.B. I. S. 1081) an Stelle einer Gefängnisstrafe von 4 Tagen zu der Geldstrafe von **vierzig Goldmark** und zu einer weiteren Geldstrafe von **zwanzig Goldmark**, eventl. zu der Gefängnisstrafe von einem Tag für je 10 Goldmark, sowie zur Erlegung der Kosten des Verfahrens. Gemäß § 6 Abs. 4 der Verordnung vom 7. 11. 1923 betreffend Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark ist die Strafe auf Kosten der Schuldigen im Bezirksamtsblatt öffentlich bekannt zu machen.

Vom 1. Januar 1924 ab vergüten wir an

- Jahreszinsen**
- Rentenmark-Sparverkehr 7%,
 - Papiermark-Sparverkehr 6%,
 - Papiermark-Giroverkehr 20%,
 - für Festanlagen höhere Sätze.

Oberamtsparkasse.

Kriegerverein Neuenbürg. Samstag abend 7 Uhr **Familien-Abend** im Gasthof zum „Bären“.

Deutsch-demokr. Partei Heute abend Zusammenkunft bei Scholl J. Traube. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Vorsheimer Gold-Ankaufstelle kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckstücke zum Einschmelzen, Rosen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische. **Edeelmetall-Handlung A. Meisch.** Vorsheimer, Württemberg, Bahnhofstr. 4, Tel. 3465.

Zwecks **Verbilligung des Portos** empfehlen wir uns der Geschäftswelt in **Herstellung von Postkarten** höchstzulässige Größe 15,7 : 10,7 cm sowohl für Hand- wie Schreibmaschinen-Schrift. **E. Wech'sche Buchdruckerei, Neuenbürg.**

Singen, 3. Jan. Dem Singener Volkswille nach schaff Konstant hat schon vor auf einem abgelegenen Dorf. Wie jetzt bekannt wird schlug auf das Leben des geplanten haben, der nach der Gräber zurückzuführen sein ende in Salem wohnt, lebt